

September 2008

Nr. 111

BISAMBERG AKTUELL

 Post.at

zugestellt durch
post.at

INFORMATIONSBLATT
der ÖVP-Gemeinderatsfraktion und
der Gemeindeparteileitung der
ÖVP Bisamberg und Klein-Engersdorf



ÖVP-Kanzlerkandidat **Molterer**: „Ich will eine Politik, die **Mut macht** und nicht Angst macht. Wir brauchen eine Politik, die **Verlässlichkeit und Stabilität** garantiert, und **dafür steht die ÖVP!**“

Weinviertelkandidatin Bgm. **Schittenhelm**: „Nur dort, wo **klare Verhältnisse** herrschen profitieren die Bürgerinnen und Bürger! Beste Beispiele dafür sind unser Bundesland **Niederösterreich** und unsere Marktgemeinde **Bisamberg**“

Am 28. September



ÖVP LISTE 2



Die bessere Wahl.



NEUSTART statt STILLSTAND

Die internen Probleme der SPÖ und letztendlich die brutale Demontage von Bundeskanzler Gusenbauer durch seinen „Freund Faymann“ haben die Regierungsarbeit unmöglich gemacht.

Die SPÖ war und ist seit Monaten mit sich selbst beschäftigt und daher nicht in der Lage sich mit den wirklichen Problemen der Bevölkerung auseinander zu setzen. Letztendlich wurde mit der Entmachtung Gusenbauer's und der sogenannten Doppelführung, eigentlich Dreifachführung - Gusenbauer - Faymann – Dichand (Kronen Zeitung) - das Regierungsübereinkommen, das Arbeitsprogramm gebrochen.

Von diesem Zeitpunkt an gibt der bald 90 jährige Dichand, Herausgeber der Kronen Zeitung, die politische Linie der Sozialisten und Ihrem Spitzenkandidaten Faymann vor.

Soll dies nach dem 28. September auch für ganz Österreich gelten?

Das dürfen WIR nicht zulassen!

Wir brauchen für Österreich einen eigenständigen Weg der Klarheit, Verlässlichkeit, Ehrlichkeit und Handlungsfähigkeit!

Gerade jetzt in einer Zeit, in der die wirtschaftliche Situation durchaus wechselhaft ist, wo es viele offene Fragen gibt, haben die BürgerInnen ein Recht auf ehrliche Antworten. Die Bevölkerung hat es sich nicht verdient mit populistischen Versprechen, die nicht zu halten sind, belogen zu werden.

Wir müssen die Teuerung wirkungsvoll bekämpfen!

Steigende Energiepreise ein Ende ist nicht absehbar.... Steigende Lebensmittelpreise – die Lebenskosten steigen rasant an...- das sind die wirklichen Sorgen, die die Menschen bewegen. Wir brauchen Lösungen, rasche Hilfe – für Familien mit mehreren Kindern, - für Menschen mit kleinem Einkommen - für jene Betroffenen die sich in schwierigen Situationen befinden—Pflege leistbar machen - nach dem NÖ-Modell.

WIR bleiben unserer Linie treu -

WIR brauchen eine STARKE WIRTSCHAFT in einem lebendigen Europa!

WIR brauchen eine handlungsfähige Regierung die um jeden Arbeitsplatz kämpft, mit großem Engagement in der EU mitbestimmt und mitentscheidet, damit wir das Beste für Österreich und für unsere Jungen herausholen können. In Niederösterreich hat sich bei der Landtagswahl im März dieses Jahres

eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für klare Verhältnisse im Land ausgesprochen und damit eine Fortsetzung der guten Arbeit für unser Land ermöglicht. Eine klare Mehrheit ermöglicht es auch uns auf Gemeindeebene Projekte nicht nur zu planen sondern auch zu realisieren.

Daher brauchen wir diese Klarheit auch auf Bundesebene, um einen Bundeskanzler wie Willi Molterer zu haben, der mit seiner großen auch internationalen Erfahrung, seiner Kompetenz seiner eigenständigen Handlungsfähigkeit den richtigen Weg für Österreich vorgeben kann. Nach meiner Arbeit und meinen Erfahrungen im NÖ – Landtag habe ich in den wenigen Monaten meiner Arbeit im Parlament sehr rasch erkannt, dass auch auf Bundesebene mit Fleiß, konsequenter Arbeit und Ausdauer vieles zu erreichen ist. Ich weiß aber auch, dass nur mit ehrlicher verantwortungsvoller Politik und vor allem mit Menschlichkeit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gewonnen werden kann. Gerne möchte ich meine Erfahrung, meine Kompetenz und Arbeitskraft auch in den nächsten Jahren im Parlament für unser Weinviertel, für SIE, einbringen.

Deshalb bitte ich Sie:

*Unterstützen Sie mich am
28. September
mit Ihrer Vorzugsstimme.*

Herzlichst Ihre

Abg.z.NR. Dorothea Schittenhelm

Am 28. September haben Sie die Wahl!

Nutzen Sie Ihr Wahlrecht auch für die Vergabe Ihrer Vorzugsstimme für unsere Bürgermeisterin!

Bgm. Schittenhelm hat sich mit vollem Engagement für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Gemeinde Bisamberg im Nationalrat eingesetzt. Es ist sehr wichtig, eine starke Stimme im Parlament zu haben. Die große Erfahrung von Bgm Schittenhelm und ihr Fachwissen sprechen eine klare Sprache. Daher am 28. September:



Neustart für Österreich!

Neustart für Österreich bedeutet: Sie entscheiden am 28. September, wem es zuzutrauen ist, Österreich in die richtige Richtung zu führen. Der hart erarbeitete Wohlstand und die Zukunft Österreichs stehen auf dem Spiel. Mit der SPÖ war keine gute Zusammenarbeit möglich. Nichts ging mehr. Es hat gereicht! Mit der Doppelspitze Gusenbauer–Faymann war die SPÖ nicht mehr regierungsfähig. Auch der SPÖ-Populismus und ihre Kapitulation vor einer Zeitung waren für uns nicht hinnehmbar! Darum ist jetzt ein Neustart notwendig – und zwar: Für eine wirksame Teuerungsbekämpfung, für das Erreichen der Vollbeschäftigung, für die Sicherung unserer

sozialen Stärke und für die Fortsetzung einer konsequenten Sicherheitspolitik. Verantwortung für Österreich kann nur übernehmen, wer etwas weiterbringen will, wer entscheidet und wer handelt. Die ÖVP tut das

und Betreuung brauchen, sollen diese möglichst lange in gewohnter Umgebung erhalten.

Das sind klare Entscheidungen und klare Antworten, die sich alle Österreicherinnen und Österreicher verdienen.

Als Partei der Mitte ist es nur die Volkspartei, die heute verlässlich Stabilität garantiert und Verantwortung übernimmt – für Jung und Alt, Frauen und Männer, Arbeitnehmer/innen und Unternehmer/innen, für Europa und unser Land. Verantwortung für Österreich leitet uns.



und sagt konkret, wie sie das will:

- Familien sollen mehr Geld zum Leben haben.
- Rechte und Pflichten müssen eingehalten werden.
- Und Menschen, die Pflege

Es geht um Menschen und Werte.

Es geht darum, wie wir morgen leben wollen.

ÖVP: VERSPROCHEN – GEHALTEN

- ✓ Kinderbetreuungsgeld: Freiheit, zwischen drei Modellen zu wählen
- ✓ Mehr Geld für Mehrkind-Familien: Geschwisterstaffel erhöht
- ✓ Mindestlohn 1000 Euro
- ✓ Rezeptgebühren-Obergrenze maximal 2 Prozent
- ✓ Überstunden für Teilzeitkräfte: 25 Prozent Zuschlag
- ✓ Demokratiepaket: Briefwahl UND Wählen mit 16
- ✓ Doppelbudget gesichert
- ✓ Finanzausgleich mit den Ländern fair verhandelt
- ✓ Das Baby-Paket: Die Gebühren bei der Geburt eines Kindes fallen weg
- ✓ Pendlerpauschale: PLUS 15 Prozent
- ✓ Kilometergeld: PLUS 4 Cent/km
- ✓ Entlastung Arbeitnehmer/innen mit kleinen Einkommen: PLUS 420€
- ✓ Der Asylgerichtshof startet seine Arbeit mit 1. Juli 2008
- ✓ Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer
- ✓ 500 Millionen Euro für den Klimaschutz reserviert
- ✓ Vollbeschäftigung fortgesetzt. So viel Menschen in Arbeit wie nie
- ✓ Kriminalität deutlich zurückgegangen – minus 6 Prozent.
- ✓ 24-Stunden-Betreuung: 97 Prozent der Pfleger/innen selbstständig
- ✓ Weiterer Schuldenabbau: Von 62% des BIP auf 57,7.
- ✓ Abgabenquote sinkt weiter (Ziel: unter 40 Prozent wird erreicht)



Die bessere Wahl.

Halber Mehrwertsteuersatz auf Lebensmittel – Faymann's Mogelpackung

Nur mehr 5 Prozent Mehrwertsteuer auf Lebensmittel statt bisher 10 Prozent ist das zentrale Thema des Faymann'schen 5-Punkte-Propgrammes, mit dem er und die SPÖ die Teuerung der letzten Monate in Griff zu bekommen glauben; dadurch soll vor allem die Masse der kleinen und mittleren Einkommensbezieher spürbar entlastet werden. Klingt gut, ist aber eine **ausgesprochene Mogelpackung** oder – wie Grünen Chef Van der Bellen es auch ausgedrückt hat – ein „Super-GAU“ der österreichischen Finanzpolitik.

Warum kann der Verbilligungseffekt – sofern dieser überhaupt spürbar wahrgenommen wird – bestenfalls nur von kurzer Dauer sein?

Zunächst zwei bzw. drei Beispiele, die offenlegen, wie wenig treffsicher und sozial ausgewogen diese Steuersenkungsmaßnahme tatsächlich ist. Unterstellt wird, dass Brot und Milch typische Grundnahrungsmittel eines österreichischen Haushaltes sind. Kostet 1 Liter Milch derzeit 0,89 Euro, würde sich dieser bei einer Senkung der Mehrwertsteuer auf 5% auf 0,85 Euro ermäßigen; die Verbilligung beträgt somit 4 Cent. 1 Kilogramm Brot, das derzeit mit 2,29 Euro ausgereist ist, würde unter der gleichen Annahme 2,19 Euro, also um 10 Cent weniger kosten. Vergleichsweise dazu das Beispiel eines extrem teuren Luxusnahrungsmittels, das ebenfalls von der Faymann'schen Mehrwertsteuersenkung erfasst wäre: echter russischer Kaviar zum derzeitigen Preis von 189,90 Euro wäre demnach um 8,63 Euro billiger zu kaufen. Ein Preisvorteil, der für einen Durchschnittshaushalt nur von theoretischer Bedeutung sein dürfte, für Menschen aber, die sich diesen Luxus leisten können, bloß ein Schnäppchen.

Es ist aber nicht nur die soziale Unausgewogenheit und mangelnde Treffsicherheit, die die Halbierung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel höchst fragwürdig erscheinen lassen. Es sind einfach reale Gegebenheiten in der Wirt-

schaft und insbesondere im Bereich des Handels, die dem neuen SPÖ-Vorsitzenden offensichtlich fremd sind und an seiner Wirtschaftskompetenz zweifeln lassen.

Es ist ein zum Teil sehr verbreitetes Phänomen im Einzelhandel und natürlich auch im Lebensmittelhandel, dass sehr viele Produkte mit sog. „9er-Preisen“ ausgereist werden, d.h. das die letzte bzw. vorletzte Ziffer des jeweiligen Preises eine „9“ enthält. Beispielfähig sei auf den vorhin erwähnten Liter Milch mit 0,89 Euro oder das Kilo Brot mit 2,29 Euro hingewiesen. Diese Preise existieren unabhängig davon, welcher Mehrwertsteuersatz (10 oder 20%) zur Anwendung kommt. Hinter dieser Art der Preisgestaltung steht naturgemäß ein psychologisches Motiv; der Preis nähert sich eng dem nächst höheren 10-Cent- oder 1-Euro-Wert, vermittelt dem Kunden aber das Gefühl, dass die gekaufte Ware doch günstiger erworben wurde, womit die Akzeptanz dieses Preises natürlich zunimmt. Diese psychologisch motivierte Preisgestaltung würde der Handel selbstverständlich auch bei einem geringeren Mehrwertsteuersatz nicht aufgeben. Wohl wäre zu erwarten, dass die Preise angesichts einer Steuersatzreduzierung zunächst einigermaßen genau abgesenkt werden, und man würde dies da und dort auch überprüfen können. Wir haben aber schon anlässlich der Euro-Einführung zum 1.1.2002 die Erfahrung gemacht, dass die exakte Preisumrechnung von nicht allzu langer Dauer ist. Die oben dargestellte Preispsychologie hat dazu sicherlich ihren Beitrag geleistet.

In diesem Zusammenhang darf ein weiterer wichtiger Umstand nicht übersehen werden, nämlich die Kostenentwicklung in den Betrieben. Es sind nicht nur die ständig steigenden Energiekosten sondern vor allem die besonders stark ansteigenden Personalkosten, die speziell im Lebensmittelhandel besonderes Gewicht haben. Dem Lebensmittelhandel wird es ein leichtes sein – man denke hier nur

an die relativ hohen Lohnabschlüsse des Jahres 2007 aber auch an die bevorstehenden Lohnverhandlungen im Herbst dieses Jahres, für die die Gewerkschaft die Latte sehr hoch legen dürfte – zu argumentieren, dass diese Kostensteigerungen auf jeden Fall in den Preisen ihren Niederschlag finden müssen.

Mit der Mehrwertsteuersenkung von 5% bei Lebensmittel hat Faymann vor allem den großen Lebensmitteleinzelhandelsunternehmen jenen Spielraum aufgezeigt, den diese – wie oben dargestellt – argumentativ ausnützen können, ohne im Vergleich zu den gegenwärtigen Verhältnissen billiger werden zu müssen. **Der Effekt aber ist, dass der Konsument von der Mehrwertsteuerabsenkung praktisch nichts haben wird**, der Staat aber einen Einnahmehausfall von 750 bis 900 Mio Euro – hier gibt es unterschiedliche Einschätzungen – in Kauf zu nehmen hat.

Eine Mogelpackung also und Populismus in Reinkultur!!!

Will man tatsächlich wirksam gegen die anhaltende Teuerung auf dem Lebensmittelsektor vorgehen, wäre es besser – wie auch Vizekanzler und Finanzminister Molterer vorgeschlagen hat – gezielte Maßnahmen gegen den etwaigen Missbrauch der Marktkonzentration im Lebensmittelhandel Österreich zu setzen. Z.B. durch **Ausweitung der Befugnisse der Wettbewerbsbehörde**, wie dies von Wirtschaftsminister Barstenstein konkret zur Diskussion gestellt wurde.

Prof. Dr. Wilfried Bartholner



Wen soll ich am 28. September wählen?

Österreich befindet sich derzeit wieder einmal im Wahlkampf-Fieber. „GENUG GESTRITTEN“ sagt der eine, „ES REICHT“ der andere Koalitionspartner nach der letzten Nationalratswahl von 2006.

Damit ist die Koalition gescheitert. War es falsch, damals eine Koalitionsregierung zu bilden? Ich glaube, es war zumindest den Versuch wert.

In Österreich ist eine große Koalitionsregierung fast schon Tradition und wir sind lange Jahre damit gut gefahren. Österreich wurde nach 1945 wiederaufgebaut und gehört heute zu den wohlhabenden europäischen Staaten. Möglich war das, weil hinter der Koalition Personen standen, die in erste Linie das Wohl der Menschen in Österreich im Auge hatten, Männer wie Benya (Gewerkschaft) und Sallinger (Wirtschaftskammer) und viele andere. Diese Personen hatten den Willen zur Zusammenarbeit im Interesse aller Menschen in Österreich und waren zu Kompromissen bereit. Aber diesen Willen gibt es anscheinend nicht mehr. Das eigene Interesse, der eigene Machteinfluss stehen im Vordergrund.

Was ist geschehen?

Alfred Gusenbauer und Willi Molterer haben ein Koalitionsabkommen geschlossen, in dem das Regierungsprogramm festgeschrieben ist. Speziell in den Reihen der SPÖ gab es jedoch Unzufriedene, die mit der Kompromissbereitschaft von Alfred Gusenbauer nicht einverstanden waren.

Dazu gehörte sicher auch Werner Faymann, der es aber verstand, dass andere sich als Wortführer engagierten. Bis dann die Bombe platzte Gusenbauer wurde abmontiert, blieb aber Bundeskanzler und Werner Faymann ließ sich zum Parteiobmann küren und letztendlich zum Kanzlerkandidaten..

Und dann passierte noch etwas Ungewöhnliches. Es ist ja bekannt, dass Hans Dichand und die KRONEN-ZEITUNG schon längere Zeit gegen die Ratifizierung des EU-Lissabon-Vertrages allein durch Parlament und Bundespräsident polemisiert und eine Volksabstimmung fordert. So bedenklich im Einzelnen diese Vorgangsweise

war, sie sprach an, was die Menschen bewegte. **Faymann, der ein besonderes Verhältnis zu Dichand und der KRONE** zu haben scheint, setzten sich in der Form über eine Verhaltensregel der Politik hinweg und schrieben den berühmten Brief an die KRONE: Gusenbauer und Faymann hätten auf einer Pressekonferenz mitteilen können, was sie sagen wollten, hätten aber riskiert, dass die Boulevard-Presse ihr Angebot als unzureichend abgeschmettert hätte. Und am Wohlwollen des Hans Dichand war ihnen sehr viel gelegen.

Wer ist Hans Dichand? Für mich eine schillernde Person. Im Jahre 1958 hatten er und Kurt Falk die „KRONE“ gegründet. Die Zeitung war erfolgreich, insbesondere der Wirtschafts- und Kulturteil. Aber im Jahre 1974 zerstritten sich die KRONE-Kompagnons und gingen sicher nicht im Einvernehmen auseinander. Erst Jahre später, als die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) die Hälfte der KRONE kaufte, zahlte Dichand

Falk aus. Letzterer gründete dann 1985 die „GANZE WOCHEN“. Laut Noah Falk, dem Sohn des 2005 verstorbenen Kurt Falk, soll sich Hans Dichand 1994, vor der Abstimmung zur EU-Mitgliedschaft unseres Landes, für die EU ausgesprochen haben, heute jedoch brüstet er sich als großer EU-Gegner. Ist er ein Wendehals?

Und dann noch etwas. Es gibt ein Abkommen zwischen den Koalitionspartnern SPÖ und ÖVP, dass sie sich bis zur Bildung einer neuen Regierung im Parlament nicht überstimmen werden. Und was ist ge-

schehen? Werner Faymann einigt sich mit seinen Genossen auf ein populistische nicht finanzierbare Maßnahmen und stellte dieses der Presse vor. Bundeskanzler Gusenbauer wurde überhaupt nicht eingebunden, der Kanzler ohne Arbeit irgendwo in der Welt unterwegs, war nicht einmal dabei, die ÖVP war nicht informiert und das Parlament soll in Sondersitzungen noch vor der Wahl entscheiden. KOSTE ES WAS ES WOLLE!

In Inseraten fordert Faymann auf: „Zusammen arbeiten“ ist er bereits öfter wortbrüchig geworden als Gusenbauer.

Populismus pur - „Mehrwertsteuer auf Lebensmittel halbieren“ halten Experten für unzumutbar und bringen ein Loch von fast 1 Mrd Euro im Staatshaushalt.

WER gleicht aus? Studiengebühren abschaffen ist für den Grünen Van der Bellen akzeptabel, aber diese verlorenen Millionen an Studiengebühren müssten den Universitäten vom Staat ersetzt werden. WOHER? Über die Finanzierung wird wie üblich bei den Sozialisten nicht geredet. Soll das Schuldenmachen wie unter Kreisky wieder beginnen?

Auch hat der Rechnungshof aufgezeigt, dass Minister Darabos bei der Änderung des Euro-Fighter-Vertrages allein gehandelt – keine Experten beigezogen - und die Unwahrheiten gesagt hat.

Ich stelle mir daher die Frage, wem kann man denn noch trauen? Versprechen werden gebrochen, Unwahrheiten gesagt u.s.w.

Ich halte Vizekanzler Willi Molterer für einen Politiker mit Erfahrung, mit Handschlagsqualität und vor allem ist er keine Marionette der Kronen Zeitung.

Die ÖVP hat in ihrer Regierungsverantwortung gezeigt das sie für ein solides Wirtschaften, ein finanzierbares Sozialprogramm und mit Herz für Familien, Kinder und Pflegebedürftige steht.

**Ich werde ÖVP wählen,
tun Sie es bitte auch.**

DI H.Haidl



**Die KRONE-Leser haben so
eine KRONE nicht verdient!**

Die Menschen entlasten, Teuerung bekämpfen

- ⇒ Familien stärken - 13. Familienbeihilfe »
- ⇒ Mehr Kinder - weniger Steuern »
- ⇒ Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter ausbauen: Kinderbetreuungsgeld 80% vom letzten Nettogehalt »
- ⇒ Kostenfreier Kindergartenplatz ab dem 5. Lebensjahr »
- ⇒ Vorgezogene Erhöhung der Pensionen
- ⇒ Mobilität für alle: Das Österreich-Ticket für ALLE Verkehrsmittel, einfach und günstig



Die bessere Wahl.

www.rotersistillstand.at

**DIE SPÖ WIRD SIE MIT
5.500,- EURO IM JAHR
NEU BELASTEN!**

**STEUERN RUNTER!
OHNE NEUE SCHULDEN.**

Die bessere Wahl



Faymann verkauft uns für dumm

Für wie dumm hält dieser Faymann uns eigentlich? Glaubt er wirklich, dass wir auf jeden Wahlkampfschmäh herein fallen? Die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel will er senken. Bei einem Liter Milch spart sich der Konsument dabei 0,03 Euro! Na großartig. Für seine Gänseleberpastete zahlt Faymann dafür immerhin gleich 13 Euro weniger. Faymann glaubt offensichtlich, dass die Bevölkerung diese Milchmädchenrechnung nicht durchschaut – aber dabei hat er sich verrechnet.

Dipl. Ing. Georg Deutschmann, Graz

Überzeugungen darf man nicht kaufen können
Österreich ist ein freies

Das offene Wort

Andere Briefe an die Krone

Land, die freie Meinungsäußerung muss auch bei uns gelten. Ich bin deshalb sehr froh, dass die mutige Außenministerin Ursula Plassnik, aber auch Menschen wie Alois Mock oder Franz Vranitzky, sich offensiv für eine objektive Europa-Information einsetzen. Geschockt, ja wirklich geschockt, bin ich über die Vorgangsweise der SPÖ, mit einem Leserbrief an die Krone ihre gesamte Europapolitik zu ändern, nur weil das der

Zeitung so zu Gesicht steht. Europa gehört zu unserem Leben – Österreich darf nicht austreten!

Lisa Kollmann, Wien

Wien gegen den Rest der Welt.

Offensichtlich regiert in der SPÖ jetzt Wien. Was das für die kleinen Gemeinden bedeutet, kann man sich schon ausrechnen: alles Geld für Wien. Faymann hat so viele Projekte versprochen und bis jetzt ist nichts passiert. Dringend notwendige Investitionen für die Infrastruktur am Land werden jetzt wohl auch nach Wien fließen.

Mag. Michael Puchner, Wien

Mehr Steuern?

Stimmt das, dass Werner

Faymann die Erbschaftsteuer wieder einführen will? Und die Vermögenssteuer? Das wäre ja typisch: immer die bestrafen, die fleißig arbeiten und Steuern zahlen!

Elke Seifner, Stattegg

Europa gehört zu uns

Ich kann diese Negativ-Berichterstattung in der Krone nicht mehr lesen. Die Krone war ein glühender Befürworter der EU. Was ist jetzt passiert? Es ist nicht alles perfekt, das stimmt. Aber mir ist eine Gemeinschaft immer noch lieber, als isoliert zu sein. Manchmal glaub ich fast, hinter der Krone stecken die Amis, die unbedingt Europa schwächen wollen. Sabine Klug, Graz

WIR MACHEN GUTE UND MENSCHLICHE

PFLEGE LEISTBAR.

„Wer Pflege braucht, darf nicht zum Sozialfall werden!“. Genau das hat die ÖVP mit ihrem Pflegemodell durchgesetzt.

VERSPROCHEN – GEHALTEN:

- Abschaffung der Vermögensgrenze.
- Schluss mit Sparbuchkontrolle.
- Doppelte Pflegeförderung bei 24-Stunden-Pflege.
- Erhöhung des Pflegegeldes um 4-6%.
- Verbesserung bei Einstufung von Demenz und Behinderung.

Dafür kämpfen wir weiter:

- Pflegefonds einrichten, damit Pflege in Zukunft sicher bleibt.
- Enteignung stoppen, damit das Eigentum der Familien auch in Zukunft gesichert ist.

www.oevp.at



Neustart statt Stillstand



W. Molterer

Mag. Wilhelm Molterer
Vizekanzler und Finanzminister

Er hält, was er verspricht, und setzt leistbare, menschliche Pflege durch – in Würde und Geborgenheit.

ÖVP — Die Partei mit sozialem Gespür:

Höhere Förderung für Betreuungskräfte – keine Vermögensgrenze

- Orientierung am Fördermodell Niederösterreich
- Österreichweiter Entfall der Vermögensgrenze als Fördervoraussetzung

Höhere Förderung insbesondere für die Betreuung durch selbständige und unselbstständige Betreuungskräfte (selbständige Betreuungskräfte 500 €, unselbstständige Betreuungskräfte 1.000 €)

Wahlfreiheit sichern.

Die Würde achten.

Vermögensgrenzen abschaffen.

Ausbau der Hospizversorgung.

Abschaffung des Angehörigenregresses bei der Betreuung im Heim

- Gewährung der Pflegevorsorge, insbesondere der stationären Betreuung, unter Österreich weitem Ver-

Nachhaltige Sicherung der Pflege

zucht auf den Kostenersatzanspruch (Regress) gegenüber unterhaltspflichtigen Angehörigen (Ehegatten und Kinder).

Angehörige unterstützen

Der neue Pflegefonds:

Armut im Alter verhindern!

Finanzierungsmodell „Pflegefonds“: Die Einnahmen der öffentlichen Hand im Bereich stationäre Betreuung aus Kostenersatzansprüchen gegenüber Angehörigen können auf rund 110 Mio. € geschätzt werden. Aus Privatisierungserlösen soll ein Pflegefonds dotiert werden, um aus den Zinserträgen laufende Aufwendungen aus der Pflegevorsorge zu tragen.

Verlängerung der Amnestie für Pflegekräfte

Sanktionsfreistellung bzw. Rückforderungsverzicht (SV-Beiträge, Abgaben, Verwaltungsstrafen): Verlängerung der Amnestieregelung bis dieses Paket in Kraft tritt.

Zielgerichtete Valorisierung des Pflegegeldes



Die bessere Wahl.



Das schaffen wir: DER NEUSTART FÜR ÖSTERREICH

- **Gegen die Teuerung.**
 - Doppelte Familienbeihilfe im September, für alle Familien mit Kindern in Ausbildung.
 - Vorziehen der Pensionserhöhung auf November 2008
 - Günstiges Österreich-Ticket für ALLE öffentlichen Verkehrsmittel.
 - Höheres Kilometergeld und Pendlerpauschale.
- **Für leistbare Pflege.**
 - Entfall der Vermögensgrenze und doppelte Förderung bei der 24-Stunden-Betreuung.
 - Abschaffung des Angehörigenregresses.
 - Zielgerichtete Erhöhung des Pflegegeldes (z.B. auch für Kinder mit Behinderung).
- **Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.**
 - Letztes Kindergartenjahr gratis.
 - Absetzbarkeit für Kinderbetreuungskosten.
- **Für Sicherheit im Alltag.**
 - Ohne Deutschkurs keine Zuwanderung—wer bei uns leben will, muss Deutsch lernen.
 - Schutz von Kindern und Wehrlosen—härtere Maßnahmen gegen Sexualstraftäter.

